

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark, halbjährlich 49,50 Mark, jährlich 99,00 Mark.

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Zeile in 10 Spalten zu 1 Pf., 12 Spalten zu 1 Pf., 14 Spalten zu 1 Pf., 16 Spalten zu 1 Pf., 18 Spalten zu 1 Pf., 20 Spalten zu 1 Pf., 22 Spalten zu 1 Pf., 24 Spalten zu 1 Pf., 26 Spalten zu 1 Pf., 28 Spalten zu 1 Pf., 30 Spalten zu 1 Pf., 32 Spalten zu 1 Pf., 34 Spalten zu 1 Pf., 36 Spalten zu 1 Pf., 38 Spalten zu 1 Pf., 40 Spalten zu 1 Pf., 42 Spalten zu 1 Pf., 44 Spalten zu 1 Pf., 46 Spalten zu 1 Pf., 48 Spalten zu 1 Pf., 50 Spalten zu 1 Pf., 52 Spalten zu 1 Pf., 54 Spalten zu 1 Pf., 56 Spalten zu 1 Pf., 58 Spalten zu 1 Pf., 60 Spalten zu 1 Pf., 62 Spalten zu 1 Pf., 64 Spalten zu 1 Pf., 66 Spalten zu 1 Pf., 68 Spalten zu 1 Pf., 70 Spalten zu 1 Pf., 72 Spalten zu 1 Pf., 74 Spalten zu 1 Pf., 76 Spalten zu 1 Pf., 78 Spalten zu 1 Pf., 80 Spalten zu 1 Pf., 82 Spalten zu 1 Pf., 84 Spalten zu 1 Pf., 86 Spalten zu 1 Pf., 88 Spalten zu 1 Pf., 90 Spalten zu 1 Pf., 92 Spalten zu 1 Pf., 94 Spalten zu 1 Pf., 96 Spalten zu 1 Pf., 98 Spalten zu 1 Pf., 100 Spalten zu 1 Pf.

Nr. 218.

Halle, Donnerstag, den 12. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Nach der Regierungsbildung.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Der deutsche Reichstag hat, um dem Fürstbischöfen zu entgegen, etwas Fürstliches angenommen: das Ultimatum der Entente. Niemand hat die schwere Gewissensfrage, vor der jeder einzelne Abgeordnete stand, erschöpfender und mit mehr stillen Ernst behandelt, als der demokratische Redner Dr. Ludwig Haas. Aber die Gründe, warum die Deutsche demokratische Partei trotz der getrennten Auffassungen, die in ihrer Fraktion über das Ultimatum bestanden, sich an der Regierung beteiligte, beruhen noch der Erörterung. Wer im Reichstage die jetzt hinter uns liegenden Tage miterlebt hat, der wird gerade der Deutschen demokratischen Partei nachsichtigen müssen, daß sie politisch absolut richtig gesehen hat, indem sie einer vorzeitigen Demission des Kabinetts gegenüber Simon's bringend widerriet. Nach dem Mitschritt konnte eine neue Regierung nur gebildet werden, wenn die Gruppierung der Parteien für ein Mindestmaß der Annahme oder Ablehnung feststand. Die Voraussetzung dafür war aber zunächst die Frage, ob sich im gesamten Reichstage eine Mehrheit für oder gegen die Unterzeichnung des Ultimatum finden würde. Die Klärung dieser Frage dauerte bis in einen Zeitpunkt hinein, wo die höchsten vaterländischen Interessen eine sofortige Entscheidung verlangten. Die Deutsche Sozialdemokratie, deren Führer am meisten auf einen sofortigen Mitschritt des Kabinetts zu bestehen gedrängt hatten, schwanke in ihrer Entscheidung am allerzünftigsten. Noch am Dienstag erging von den Demokraten die Anregung, ein Kabinett von Deutscher Volkspartei bis Reichstagsauflösung zu bilden. Die Sozialdemokratie trat in letzter Stunde mit ihrem bisher eigenwillig feigegehaltenen Beschluß, mit der Deutschen Volkspartei in keine Regierung zu gehen. Sie war bereit, in eine große Koalition zu willigen, sofern nur ein erheblicher Teil der Deutschen Volkspartei für die Unterzeichnung des Ultimatum eintreten würde. So vor die volle Verantwortung gestellt, wußte die Deutsche Volkspartei ihr aus, und sie beschloß, sich an feiner Regierung zu beteiligen. Damit war eine zwangsläufige Lage entstanden: entweder das ganze Kabinett dankte ab und überließ sie im November 1918 der geeinten Sozialdemokratie die Staatsgeschäfte, oder aber die alten Reichsvereinsparteien traten sich zusammen, um wieder einmal unter völliger Zurückweisung der Parteireferenzen hinter die vaterländischen Nothwendigkeiten den Saatz zu stellen. Die demokratische Partei hat ihre Verantwortlichkeit dazu erklärt, als es feststand, daß das Zentrum unter seinen Umständen allein mit der Sozialdemokratie eine Regierung eingehen würde. In letzter Stunde mußte diese Regierung gebildet werden. Es war keine Zeit übrig, die Personalaufstellung des neuen Kabinetts im einzelnen zu überprüfen. Es ging um die Sache und nicht um Personen. Wie ernst es der Deutschen demokratischen Partei mit dieser Aufstellung gewesen ist, davon zeugt wohl die Tatsache, daß sie sich sogar mit dem Ausscheiden des bewährten Innenministers Koch abgefunden hat, weil die Sozialdemokratie bei ihrem Verzicht auf den Ranzlerposten das Innenministerium belegen wollte.

In der demokratischen Reichstagsfraktion war die Mehrheit für Ablehnung des Ultimatum, und sie hat demgemäß auch gestimmt. Aber auch bei den Abgeordneten, die ihre Stimme mit nein abgegeben haben, findet es sich vornehmlich, daß sie rückfällig und geschloffen mit den übrigen Mitgliedern die Regierung bei der Durchführung der jetzt notwendig gewordenen großen gesellschaftlichen Aufgaben unterstützen würden. Die Fraktion ist auch einmütig der Auffassung, daß jene großen Opfer geschehen sind, die dann wirklich fundiert sein werden, wenn sie von einer möglichst breiten Regierungsmehrheit getragen werden. Darum hat sofort der Abg. Dr. Haas die notwendige Verbrämung der Regierung als demokratische Ziel proklamiert. Die Deutsche demokratische Partei würde es auf das entschiedenste beurteilen, wenn der Deutschen Volkspartei aus ihrer Entscheidung Bornträge gemacht werden, und sie kann auch nicht anerkennen, daß eine Partei, die in ihrer größeren Mehrheit gegen das Ultimatum gestimmt hat, nun von einer Regierung der Durchführung ferngehalten werden dürfte. Sie läßt sich in ihrer Haltung nicht durch gewisse Ausfälle der „Täglichen Rundschau“, des Blattes des völkerverhetzlichen Abg. Rippler, irren lassen. Die Voraussetzung ist freilich, daß sich die Volkspartei als solche von ähnlichen Angriffen völlig fernhält.

Die Deutschnationalen benutzen die Gelegenheit der Annahme des Ultimatum zu einer geradezu erschreckend hysterischen Agitation. Ihre Preise gebärden sich schlimmer als in den schlimmsten Zeiten verantwortungsloser deutschnationaler Agitationspolitik. Jede Spur von vaterländischem Pflichtgefühl fehlt hier, es ist, als ob die Deutschnationalen, bereit von dem Druide unmittelbar Gebotenen, nun sich glauben gegen die anstehen zu können, die sie aus dieser Gefahr befreit haben. Damit entzündet der Parteiführer wieder in aller Schärfe die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die praktische Wirkung dieser Rede die Sabotierung jener gewaltigen Gesetzepläne einleitet, die notwendig sind, um unsere ersten Erfüllungsaufträge zu erfüllen und die unternehmen lassen aufzubringen. Eine Sabotage des untergehenden Opfers begonnener Rettungsarbeiten würde an Landesverrat grenzen, und die Regierung wird sich darüber klar werden müssen, wie man einem solchen verbrecherischen Umtrieben rechtzeitig entgegenzutreten kann.

Die Abstimmung über das Ultimatum.

Die Frage ablehnen oder annehmen wurde in der historischen Reichstagsabstimmung in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in der Art entschieden, daß Sozialdemokratie und Zentrum folgenden Antrag gestellt hatten. „Der Reichstag wolle beschließen: der Reichstag ist einverstanden, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in deren Note vom 5. Mai 1921 unter C 1 bis 4 geforderten Erklärungen abgibt.“ Die Abstimmung war namentlich; es wurden 396 Stimmzettel abgegeben, von denen drei ungültig waren. Davon lauteten auf ja 220, auf nein 172 dazu kommt eine Stimmenthaltung. Geschloffen gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Schiemer-Franzen. Geschloffen für die Annahme stimmten die Sozialdemokraten, Unabhängige und das Zentrum mit Ausnahme des Abg. Bornstedt-Ettmann. Die Deutsche Volkspartei stimmte in großer Mehrheit mit nein, mit ja stimmten die früheren Minister Heinze und v. Raumer, ferner v. Kardorff, Fr. v. Oheimb, Freyher v. Rheinbaben und H. Diehl. Streikmann, der ursprünglich der Ja-Kantler werden wollte, dann zwischen „bedingten ja“ und einem „bedingten nein“ schwankte, hat sich am Ende doch für nein entschieden. Sieben Volksparteiler fehlten. Von den Demokraten stimmten 21 mit nein, und zwar Frau Dr. Bäumer, Brodau, Delius, Dietrich, Erdelen, Fr. Haas, Hamm, Haußmann, Heide, Keinath, Kerstbaum, Köpff, Knieß, Kütz, Pöschel, Siemens, Sietowich, Wieland, Weiß, Ziegler. Mit ja stimmten Bahn, Graf Bernstorff, Dernburg, Geßler, Göb, Gotthein, Hieber, Koch, Kroll, Frau Lüders, Radtke, Peterjen, Wohlmann, Schiffer, Schüditz, Schuldt. Es fehlten die erkrankten Abgg. Fischer und Triesmann.

Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehre.

ist durch die Annahme des feindlichen Ultimatum jetzt in ein aktuelles Stadium getreten. Ueber das Ergebnis der Besprechungen, die der bayerische Ministerpräsident von Kahr in den Kreislagen in Berlin mit dem Reichspräsidenten und anderen maßgebenden Stellen gehabt hat, ist zuverlässiges nicht bekanntgeworden. Am Abend der Entscheidung glaubte man indessen in Berliner Regierungskreisen Urteile zu haben, daß Bayern unter dem Druck der Entente jetzt endlich die Rückstufung auf das Abhörgehör des Vaterlandes in den Vordergrund stellen werde. Niemand kann in der verwinkelten Lage, in der sich das Reich jetzt befindet einen Konflikt mit Bayern für erwünscht ansehen. Wenn aber trotzdem keine zufriedenstellende Lösung der bayerischen Regierung vorgeschlagen werden sollte, dann hind auch diejenigen politischen Kräfte, die bisher immer zu Gebul und Nachsicht bereit waren, jetzt entschlossen, der neuen Reichsregierung zu energischen, und wenn es sein muß, zu rückstößigen Vorgehen dringend zu raten. Diese Auffassung ist auch in der demokratischen Reichstagsfraktion einheitlich zum Ausdruck gebracht worden.

Noch immer französische Einmarschpläne?

Wie der „Vorwärts“ aus Ebersfeld meldet, nehmen dort die Vorbereitungen der Franzosen für einen Einmarsch in das Ruhrgebiet weiter große Umfänge an. Die 1. Division und Wittgen sind neue Truppen eingetroffen. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Franzosen heute marschieren werden. Sie haben bereits kleine Patrouillen in das unbesetzte Gebiet vorgeschoben. — Im Gegensatz zu dieser Meldung steht eine Nachricht aus Düsseldorf, bezugweise die französische Besatzungsbehörde der Regierung in Düsseldorf mitgeteilt hat, daß die Vorbereitungen für den Einmarsch eingestell werden sollen. Die Einquartierungsarbeiten für Düsseldorf sollen in den nächsten Tagen bedeutend erleichtert werden. Tugendwilde Anzeichen für die Räumung Düsseldorf und Duisburg durch die Franzosen sind jedoch nicht vorhanden. Die französischen Behörden in Mainz haben von der dortigen Eisenbahndirektion gefordert, 150 Eisenbahnwagen aus dem unbesetzten Gebiet nach Mainz zusammenzutreiben, wo sie den anscheinend zu militärischen Operationen gegen Deutschland verwendet werden sollen. Das Bahnhofspersonal hat sich geweigert, dem Anfinnen der Franzosen zu entsprechen.

Das Echo im Auslande.

Der französische Wirtschaftsachseverständige Ministerialdirektor Sebouer erklärte einem Vertreter der „Chicago Tribune“, das Londoner Abkommen trage vollkommen wirtschaftlichen Charakter. In den Bedingungen dieses Ultimatum finde sich weder Politik noch Abwägungsbefandheit. Ihre Annahme und Ausführung im rechten Geiste werde einen Umschwung herbeiführen, aus dem die Erneuerung und Entwicklung der Welt zu erwarten sei. Die französische Regierung habe gesagt, der Friede habe höher als der Krieg die Stimme, die unser Denken den Frieden verdrängen habe, die guten Willens sind, lasse sich seit langem zum ersten Male wieder vernehmen. Zu der Annahme der Bedingungen der Alliierten durch Deutschland schreibt „Westminster Gazette“:

Es sei jetzt sehr gefällig. Die Deutschen hätten das Bemühtig und sorgfältig Einigkeit getan, was sie tun durften. Die Befreiung des Ruhrgebiets würde für Deutschland eine Katastrophe bedeuten haben. Die Bedingungen der Alliierten hätten Deutschland eine Gesamtverpflichtung auferlegt, die sich weit in die Zukunft erstreckte und deren Höhe wahrscheinlich weit außerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liege, wie der Zeitraum, in dem die Zahlungen geleistet werden müßten, außerhalb des Horizonts liege, bis zu dem die jetzigen Politiker leben könnten. Ein großer Teil des Zahlungsfähigkeit Deutschlands, und die folgenden Zahlungen würden wohl für Deutschland nicht unmöglich sein.

„Wall Mall and Globe“ erklärt, das deutsche Nein habe sich unter jester Behauptung in das deutsche Ja verwandelt. Das deutsche Volk werde im großen und ganzen angesichts der Geschichte der letzten Krise einsehen, daß der Wille und die Macht der Alliierten eine Wirklichkeit seien. „Star“ schreibt, wenn die Alliierten auf das Ruhrgebiet bestanden hätten, so müßten sie jetzt, da Deutschland die Bedingungen der Alliierten angenommen habe, in die Lage gezwungen werden, die Bedingungen der Alliierten mit Recht gefordert habe, auch heilige Pflichten für die alliierten Regierungen. Eine der ersten und dringendsten dieser Pflichten sei, dafür zu sorgen, daß Deutschland in der oberflächlichen Frage fair plan zuteil werde. Die Gerechtigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Oberdeutschlands und schließlich das Interesse der Alliierten forderten, daß dem Angriff der Polen entgegengetreten werde. Wenn Deutschland zahlen sollte, so müßte es leicht in Frieden gelassen werden, um im Schwelge feins Ansehens sein nationales und wirtschaftliches Wohlbefinden durchzuführen. Selbst das Northcliffe-Blatt „Evening News“ nennt die Worte, mit denen Wirth im Reichstage die Notwendigkeit der Annahme des Ultimatum der Alliierten begründete, fair.

Ministerberatungen in Paris.

Briaud und die Minister der Finanzen, des Krieges, der Marine, der öffentlichen Arbeiten und der freien Gebiete, außerdem Marschall Foch und General Wengand, traten gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Louvre zusammen. Der Gegenstand der Konferenz war die Prüfung der Maßnahmen, die zur Durchführung der interalliierten Erklärung am 5. Mai nötig sind. Solche Maßnahmen sind im Falle der Annahme des Ultimatum vorgezogen für die Entwaffnung zu Lande, zur See und in der Luft. Auch die Durchführung der finanziellen Maßnahmen wurde geprüft.

Der Deutsche Ausnahmefür Erziehung und Unterricht.

Die 22 allgemeine deutsche Behördenvertreter waren; außer dem Philologenverbande, dem Deutschen Lehrerverein, dem Allgemeinen Deutschen Lehrerverein und anderen pädagogischen Fachverbänden der Verein Deutscher Ingenieure, der Verein Deutscher Chemiker, der Werkbund, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Landwirtschaftsverband u. a. Einziges Thema der zweitägigen Verhandlungen bildete die nach Durchsicht des Grundschulgesetzes, das eine vierjährige Grundschule festsetzt, neu zu regelnde Dauer des Lehrganges der höheren Schulen. Der ausführliche Bericht über die Tagung wird Ende Mai erscheinen; er kann bei rechtzeitigem Bestellen von der Geschäftsstelle des Ausnahmefür, Hamburg 36, Dammtorstraße 25, gegen Entrichtung der Selbstkosten abgegeben werden.

Am Oberschlesien.

Die allgemeine Lage in ober-schlesischen Aufbruchgebiet ist nach den Abendmeldungen am 11. Mai unverändert. Aus dem Kreis Kreuzberg werden Schieferstein gemeldet. Bei Alt-Rosenberg wurden den polnischen Auftritten Sandaranten französischer Ursprungs abgenommen. Die Bevölkerung in dem deutschen Dorfe Schönewitz im Kreis Gleiwitz befindet sich in sehr schwerer Notlage, da die Auffassungen die Häuser ausgeplündert, Vieh geraubt und zahlreiche Deutsche aus dem Dorf verschleppt haben. In Hindenburg haben die auskündlichen Polen das Hauptviertel des Ortes räumen müssen. Die Hausbesitzer wurden gezwungen, auf ihren Häusern die polnische Flagge zu hissen. Auf dem Rathaus wehte neben der polnischen die französische Fahne. Der Kreistatthalter veranlaßte die sofortige Zerthorung der französischen Fahne. Der Landrat hat gestern nachmittag folgende Bekanntmachung erlassen: Auf Grund der mir vom Ortskommandanten erteilten Ermächtigung bringe ich Folgendes zur Kenntnis: Dem hiesigen Kreistatthalter ist nichts davon bekannt, daß eine Entscheidung über die endgültige Zuteilung des ober-schlesischen Gebietes getroffen wäre. Seit der Bekanntmachung der Interalliierten Kommission vom 9. Mai sind weitere Nachrichten nicht eingelaufen. Die letzten Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Nur die von den Alliierten Kommission in Opeln und dem Militärbefehlshaber unterzeichneten Bekanntmachungen haben amtlichen Charakter. Professor Kleinwächter, der vorgestern verschleppt worden war, wurde gestern von den Türken entlassen und ist nachbestanden in seine Wohnung zurückgekehrt.

Den Ort Bleich haben die Insurgenten nur zwei Stunden besetzt gehalten. Die Stadt ist in den Händen der Italiener, die sämtliche öffentliche Plätze und Gebäude sowie den Bahnhof besetzt halten. Der Generalstab der Insurgentenarmee ist in Zablontau. Die Zahl der Aufständischen ist hier gering, da der größte Teil zur Verfassung in Richtung Randgrün geflohen ist.

Der am Montag wieder aufgenommene Straßenbahnverkehr zwischen Beuthen und Kattowitz ist gestern nachmittags abermals eingestellt worden, weil die Insurgenten in der Gegend von Solmslinde einen Schaffner verhaftet und den Wagenführer bedrückt haben.

In Gleiwitz ist die Lage un verändert. Die Dorfbesitzer, die in die Stadt kommen, müssen polnische Ausweise haben. Telephonische Verbindung in die Umgebung besteht nicht. Letzt ist von den Polen besetzt. Die Franzosen haben den polnischen Kommandanten zum Bürgermeister gemacht. Sanitätsrat Kojewer ist verhaftet worden. In Beistrichscham haben die Franzosen sich in das Innere der Stadt zurückgezogen. Die Polen stehen an den Stadtausgängen. Durch Beistrichscham ziehen fortwährend polnische Truppentransporte. Der Eisenbahnverkehr von Beistrichscham, Laband und Slawentz wird zur Beförderung der Truppen und zum Nachschub von Lebensmitteln aufrecht erhalten. Von der Front zurück gebracht die Jüge Verwundete. In den Dörfern werden die Deutschen zum Wachen herangezogen und zum Teil zum Wachen dienst gezwungen. In Richtersdorf wurde ausgerufen, daß alle waffenfähigen Männer bis zu 50 Jahren sich zum Wachen dienst zu melden hätten. Der Landbesitzer Kattowitz ist mit Lebensmitteln bis zum 15. Mai versorgt.

Auf der Eisenbahndirektion Kattowitz erschienen gestern eine polnische Delegation und verlangte von den Kontrollleuten der Eisenbahndirektion Absetzung des Eisenbahndirektionspräsidenten und sechs namentlich aufgeführten Deputierten. Die Beamtenhaft hat dieses Verlangen einstimmig zurückgewiesen. Die polnische Abordnung stellte darauf das alternative Vorschlag, die Beamten auf zwei Monate zu beurlauben und ihre Stellen von Polen zu besetzen, und als dritten Vorschlag, die Beamten in ihren Stellen zu belassen, sie aber mit noch beratend neben polnischen Beamten tätig sein zu lassen. Eine Forderung der polnischen Abordnung alle Besätze des Betriebes absetzen für die Polen räumen zu lassen, wurde ohne weiteres abgelehnt.

Nach einem Warschauer Funkpruch „An We“ soll ein

### Waffenstillstand zwischen Korsant und der Interalliierten Kommission abgeschlossen

worden sein, der eine Demarkationslinie entsprechend der Korsantlinie festsetzt und bestimmt, daß ein Exterritorialgebiet der Insurgenten im oberösterreichischen Zuständigkeitsgebiet die öffentliche Gewalt übernimmt, daß die Polizei- und Gendarmerieverwaltung an die Insurgenten übergeht und die Landräte ihres Amtes entsetzt werden. Das einzige Zugeständnis für die Interalliierte Kommission scheint nach diesem Funkpruch die Erlaubnis zu sein, eine Armee zu lassen zu dürfen. Ferner sollen die Insurgenten im Einklang mit italienischen Truppen die Stadt Bleich besetzt haben.

Dem Funkpruch ist zu bemerken: Es erscheint ein Ding der Unmöglichkeit,

daß die italienischen Truppen vor den Insurgenten, denen gegenüber sie sich mit so heroischer Tapferkeit geschlagen haben, kapitulieren. Es erscheint ferner un möglich, daß die bedeutendsten Vertreter Englands, Italiens und Frankreichs entgegen allen ihrer Versicherungen vor dem Insurgentenführer Korsant kapitulieren und die bisher der Interalliierten Kommission zuteilenden Machtbefugnisse an ihn abtreten. Der deutsche Vorschlag, eine Armee in Doppelnitz anzuordnen, umgeben von dem General v. Romb bindende Erklärungen über die in dem Funkpruch mitgeteilten Tatsachen zu verlangen.

Einstimmig bejahen die Blätter ein Abkommen der Interalliierten Kommission mit dem Insurgenten Korsant über die Festsetzung einer Demarkationslinie als einen Bruch des Friedensvertrags. Nach der „B. Z.“ machen sich die Ver-

treter der Alliierten in Oberösterreich durch diese Handlung der attiven und passiven Begünstigung des Aufstandes schuldig, deren sofortiges Aufheben der Vorkomitee von der Warschauer Regierung energisch verlangt. Die Germania schreibt: Dieser Waffenstillstand und die Demarkationslinie sind das Werk Le Ronds. Das ganze Verhalten Le Ronds während seiner oberösterreichischen Regierungzeit, wie auch des Verhalten der französischen Kreisinspektoren und Truppen im Aufstimmungsgebiet zwingen zu dem Schluß, daß es sich hier um

ein abgetarntes Spiel zwischen Paris und Warschau handelt, um Deutschland durch Gewalt zu nehmen, worauf es und die anjähliche Bevölkerung nach dem Ergebnis der Volksabstimmung und nach den Bestimmungen des Friedensvertrags ein unbetreffbares Recht haben. Der „Vorwärts“ betont, daß die interalliierte Kommission sich mit dem Abschluß dieses Lieberentkommens in einen allgemeinen Gegenstand für die offizielle Politik der Entente stellt. Frankreich sucht hier eine vollendete Tatsache zu schaffen. Man darf gespannt sein, was die übrigen Verbündeten zu dieser Lösung sagen werden. Wir haben zu Lord Georges Versprechen, die polnischen Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, wenn wir das Ultimatum schluden, Vertrauen. Was gebietet Lord George zu tun?

Wie das „B. T.“ erzählt, haben englische Offiziere am Dienstag bei Randgrün das Kommando über die im Kampfe gegen die polnischen Insurgenten befindlichen deutschen Apostruppen übernommen.

### Erkenntnis in England.

Im englischen Unterhause erklärte Chamberlain, die polnische Aktion in Oberösterreich sei offensichtlich ein überlegter Versuch, den Vertrag von Versailles un wirksam zu machen. Die britische und die alliierten Regierungen hegen nicht die Absicht, es zuzulassen, daß die jüngsten beklagenswerten Ereignisse sie irgendwie von der gerechten Durchführung des Vertrages ablenkten. Die antirussische Bewegung habe eine höchst schwierige und heikle Lage geschaffen; er ziehe es deshalb vor, sich auf die Erklärung zu beschränken, daß die britische Regierung in enger Fühlung mit den alliierten Regierungen das beste Mittel erlöche, mit der Sache fertig zu werden. Die britische Regierung habe bereits gewisse praktische Vorschläge gemacht, welche zur Zeit erwohnen würden.

Neuer verbreitet von London nach folgende Mitteilung: Eine aus zuverlässiger Quelle stammende Nachricht, wonach deutsche Truppeneinheiten in der Gegend von Rosenberg stationiert, wird hier als sehr ernst angesehen. Man hofft, daß die sehr ernst Folgen einer deutschen Wiedereroberung vermieden werden. Die Deutschen haben bisher die größte Zurückhaltung beobachtet, aber der gute Eindruck, der in vollem Maße hier bestand, würde durch den Verlust eines Appells an die Gewalt befristet werden, besonders während der Bemühungen der alliierten Kommission, die deutsche Bevölkerung gegen Angriffe bis zum Ausbruch zu schützen. Die Haltung der Warschauer Regierung wird hier ernst beurteilt. Die Nachrichten über einen amtlichen Beschluß, die Aufständischen zu ermorden, und der Aufbruch Salzers zugunsten einer Unterdrückung der Aufständischen bekräftigen hier die Ueberzeugung, daß die Warschauer Regierung den fürchtbaren Ernst der Lage nur unvollkommen erfaßt hat.

Dazu wird dem B. T. B. mitgeteilt: Wenn die Bevölkerung selbst in den bedrohten Gebieten sich mit allen Mitteln gegen die polnischen Banden zu schützen befreit ist, so handelt es sich hier um Akte der Notwehr, da die bisherigen Maßnahmen der interalliierten Kommission bisher feinerlei Schutz für ausreichenden Schutz der deutschgesinnten oberösterreichischen Bevölkerung geboten haben. Auch wenn sich die Wehrlagen von dem angeblich geschlossenen Waffenstillstand befreit hätten, so bietet ein derartiges Abkommen zwischen den Auftrühren und der Interalliierten Kommission nach den Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, nicht die geringste Sicherheit für Leib und Leben der Bewohner in den gefährdeten Gebieten. Die weiteren Nachrichten über die deutschen Truppeneinheiten in der Gegend von Rosenberg stammen allem Anschein nach aus polnischen Quellen. Es wird noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß Truppeneinheiten in den Gegend von Rosenberg stationiert sind.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“ Freitag, 12. Mai. Inhalt: Seine Kontinente. Roman von Fritz G. G. — Der deutsche Versuch im Osten. — Praktische Räte und Mahnungen. Von Walter R. — Praktische Räte und Mahnungen aus dem Leben für das Leben. — Sonette. — Literatur.

### Saales Pfingstausflug nach Halle.

In der Deutschen Verkehrsankalt, Stuttgart-Berlin, erschienen soeben, herausgegeben von Gustav Scherer, Ferdinand Raffalle nachgelassene Briefe und Schriften. Wir entnehmen dem ersten Band den folgenden interessanten Brief aus dem Jahre 1841, der einen Besuch in Halle schildert.

„Wir kehrten im Garkhaus „Zum goldenen Ring“ ein, und nachdem wir uns umgesehen, gingen wir aus, der Stadt und ihre Merkwürdigkeiten zu besichtigen. Halle mit seinen engen und wintlichen Gassen, seiner veralteten, aber dabei nicht gotischen Bauart magt gewiß auf jeden Besucher seinen eindrucksvollen Eindruck. Obwohl es zum mindesten 2000 Einwohner hat, so ist es doch im eigentlichen Sinne des Wortes so veraltet, daß man es für ein ganz unbedeutendes Städtchen halten möchte. Auf dem Markte fielen mir folgende zwei große eiserne Säulen in die Augen:

Zu Halle auf dem Markte,  
Da stehen zwei eiserne Säulen,  
Et, du hallischer Wölkentanz,  
Wie hat man dich gemacht!

Zu Halle auf dem Markte,  
Da steht eine große Kirche,  
Die Wurfgeschick und die Landmannschaft,  
Die haben da Platz zum Weten.“

Und keine hat recht, wie hat man den hallischen Wölkentanz gemacht! Die Wurfgeschick und die Landmannschaft, die müssen in der Tat in dem Kolleg stehen oder sein, den ganzen Tag trauf man keinen auf der Straße, auch hört man nicht das geringste von ihnen, desto häufiger aber trifft man Blausäulen mit roten Aufschriften, die übermäßig die Melodie brummen: „Unser, unser sind die Stunden, und der Abend da redt.“ Freilich ist das auch der praktische Beweis für Recht oder Unrecht! Auch der alte Roland steht traurig und einsam da und wartet noch immer ungeduldig auf den Augenblick, wo der auf dem Ruffe

häuser losgeht, der Notwend, aber der fragt seinen aufwartenden Jünger: „Nimm die Waden noch um den Berg?“ — „Ja.“ — „So geh man auf den Gipfel und schick, ob der Roland zu Halle schon losgegangen ist.“ Und wird die Frage verneint, so verlinkt er wieder in sein dumpfes Brüten; so wartet einer auf den anderen und wir vergeblich auf alle beide.“

Halle ist seitdem dann einen Besuch der Saline und setzt dann nach der Stadt zurück. Auf dem Wege unterhielt wir uns mit einigen der berühmten Hallenser dieser Stadt, die bei der Saline angeheilt sind, das Salz zu kochen. Einer von ihnen produzierte sich aus, indem er von einer ziemlich hohen Brücke ins Wasser sprang, hinaus zum Ufer schwamm, ausstieg, um sich von neuem hineinzufürzen.

In der Stadt sahen wir uns das von dem berühmten Francke gestiftete Waisenhaus an, oben ziemlich schlecht zu Mittag in unserem Hotel und gingen dann hinaus nach dem Gießhahnen, wo den Nachmittag gerade Fischerstechen war. Schon auf dem Wege trafen wir auf Vorbereitungen der Festlichkeiten, die heute vor sich gehen sollten. Mit Angenommen Spiel zogen die Bauern der Umgegend und die Fischer, teils als Bergschuppen, teils als Wälder zu Pferde, teils als wilde Horden angetrieben, hinaus nach dem Gießhahnen. Dort angekommen, fanden wir auch schon die Saale völlig bedeckt mit lustig sich durcheinander bewegenden Gabeln und kleineren Säulen, die von der verhängnisvollen Maske angefüllt, einen überaus Angenehmen Eindruck machten. Wir hielten uns jedoch vornehmlich nicht lang dabei auf, sondern befristeten folgende die Ruine.“

### Englische Aphorismen über das Weib.

Es gibt kein Elend, das ein Weib nicht zu lindern vermöge!

Was wäre das Leben des Mannes wert, wenn es keine Frauen gäbe?

Ich habe die Majerei eines Weibes gesehen, und ich habe den Anbruch der Augen gesehen — und ich bedauere mehr einen Stehhaber als die Warrfren.

finden und nicht Rattgefunden haben. Kein Angehöriger von Truppenteilen des Reichsheeres befindet sich im Aufstimmungsgebiet.

### „Auch die Ehre nutzlos geopfert.“

Politische Kindlichkeiten des hallischen Organs der Deutschen Volkspartei.

Unter dieser Ueberschrift nahm das hiesige vorkampfbildige Organ, die „Hallische Allgemeine Zeitung“, gestern gegen die Annahme des Ultimatum Stellung und schrieb das u. a.:

„Die Unterwerfung unter das Ultimatum der Entente muß Wall und Graben ziehen gegen alles, was links der Deutschen Volkspartei steht. Hier scheiden sich die Geister nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern nach Anschauungen fundamentalster Art. — Mehr noch, als um die Frage, ob wir in schädlicher Nachgiebigkeit uns den Forderungen unserer Feinde unterwerfen oder — unbekümmert um die nächsten Folgen, handstark bleiben sollten, handelte es sich darum, ob Deutschland die Lagen seiner Ehre behaupten oder verlieren sollte.“

Man kann es zunächst dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen, wenn die „Hallische Allgemeine Zeitung“ auch in dieser für die Abgeordneten aller Parteien gleich schmerzlichen Gewissenfrage sich nicht von ihrem Parteifachbunde zu lösen vermag und in einem Augenblick, in dem wir nur, als die Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen müssen, sich dazu verhält, den Abgeordneten, die mit ja gestimmt haben, voranzureisen, daß sie mit ihrem Votum den Verlust der deutschen Ehre herbeiführen hätten. — Darüber mag, wie gesagt, die Öffentlichkeit urteilen. — Was aber an der Ansicht der „Hallischen Allgemeinen Zeitung“ in den Kreisen ihrer eigenen Partei und Parteianhänger am allerpeinigendsten wirken muß, das ist der Umstand, daß wir in an anderer Stelle mitteilen, von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei die Herren Dr. Heine, Zühl, v. Kardorff, v. Raumer, Zsch, v. Rheinbaben und Frau v. Rheinbaben mit ja gestimmt, das Ultimatum also ebenfalls angenommen haben. Herr v. Kardorff war bei den letzten Wahlen der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Regierungsbezirk Merseburg. Nach der oben wiedergegebenen Äußerung der „Hallischen Allgemeinen Zeitung“ sollen sich infolge der Abstimmung des Herrn v. Kardorff zwischen ihm und der hiesigen Deutschen Volkspartei Trennungspunkte fundamentalster Art ergeben. — Man kann gespannt darauf sein, was Herr v. Kardorff zu dieser Behauptung des hiesigen Organs seiner Partei zu sagen hat.

### Deutsches Reich.

Die bayerische Regierung gegen den Antisemitismus. Die bayerische Staatsregierung hat beschlossen, gegen die Auswüchse des Antisemitismus in Bayern energisch vorzugehen. Das Staatsministerium hat die Polizeibehörden angewiesen, der antisemitischen Bewegung in Zukunft besondere Beachtung zu schenken und deren Auswüchse kräftig entgegenzutreten. Es soll alles getan werden, um durch Herbeiführung strafbarer Strafen die Lust zu berrätigen Auftritten zu unterbinden.

Der Verlag Nefflein & Co., Berlin, hat nach langwierigen Verhandlungen und, nachdem bereits vor mehreren Wochen die ehemals deutschnationalen „Allgemeine Zeitung“ in seinen Besitz gekommen ist, das „Leipziger Tageblatt“ und die „Leipziger Zeitung“ durch Kauf erworben. Der bisherige Inhaber, Dr. Peter Meinhof, hat sich für die Dauer von 10 Jahren das Recht, als Herausgeber zu zeichnen, gesichert. Die hollische Zeitung des „Leipziger Tageblattes“ bleibt unverändert; es soll zu einer demokratischen Zeitung großen Stils, etwa im Charakter der „Allgemeinen Zeitung“, ausgebaut werden. Die zukünftige Gestaltung der „Leipziger Zeitung“ (der ehemaligen „Leipziger Abendzeitung“, die im vorigen Jahre durch Kauf in den Besitz von Dr. Peter Meinhof übergegangen ist) steht noch

Das Weib ist der lebenswichtigste Teil der Natur, Abraham Cowley.

Es ist immer gefährlich, von dem Frauen theoretisch zu sprechen. Was sie betrifft, gibt es keine Gejege, nur Tatsachen. Darwin.

Das Weib, das nicht auf sein Geschlecht stolz ist, gleicht einer Königin, die nicht wert ist, ihre Krone zu tragen. Henry Lawrence.

Die meisten Frauen haben keinen Charakter. Sie sind allzu weiche Wesen, um einen Eindruck lange zu bewahren. Sie sind dunkel oder blond — das ist der ganze Unterschied. Pope.

Die Frauen führen uns. Daß sie uns vollkommen machen! Je mehr Einflüß sie haben, desto aufgefklärter werden sie werden. Auf der geistigen Kultur der Frauen beruht die Weisheit der Männer. Sheridan.

Kein Weib kann von dem Wege der Tugend fortgebracht werden, ohne daß es selbst die Hand dazu reißt. Somerset.

Junge Mädchen wünschen nur das eine: einen Mann zu erhalten. Und wenn sie dieses Ziel erreicht haben, wünschen sie — alles andere zwischen Himmel und Erde. Somerset.

Wollt segne das ganze schöne Geschlecht! Niemand kann es mehr lieben als ich. Troy allen Schwächen, die ich bei dem Frauen gesehen, trug allen Satiiren, die ich über sie gelesen, sind sie mir stets lieb geblieben. Ich bin überzeugt, daß ein Mann, der nicht eine gewisse Zuneigung zu dem ganzen Geschlecht hegt, das einzelne Weib nicht so lieben kann, wie er muß. Sterne.

Unparteiische, logische und streng gerechte Frauen! Gott bewahre uns davor! Wenn die Frauen diese Eigenschaften hätten, würde die Menschheit vergehen, und die Erde würde zur Wüste. Thackeray.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210512032/fragment/page=0002